



www.forum-rauchfrei.de
post@forum-rauchfrei.de

Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925
c/o BA Friedrichshain-Kreuzberg, Plan- u. Leitstelle Gesundheit
Müllenhoffstr. 17
10967 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007
Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08
Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

Presseerklärung

Berlin, 25.02.07

Schutz vor Passivrauch ohne Wenn und Aber gefordert

Die Gesundheitsminister der Länder preisen mit vollmundigen Erklärungen ihren Beschluss zum Nichtraucherschutz an. Im Widerspruch dazu steht, dass ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik – Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – auch in Zukunft in Gaststätten weiterhin mitrauchen muss. In diesen beiden Bundesländern können die Gastwirte ihre Betriebe zu Rauchergaststätten erklären. Damit bleibt für viele Millionen alles, wie es war. Es ist auch offen geblieben, ob andere Bundesländer dem Beispiel von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen folgen werden. Daher muss davon ausgegangen werden, dass es einen Flickenteppich geben wird.

Die Möglichkeit, Raucherräume in Gaststätten einzurichten, zeigt, dass der Arbeitsschutz der Kellnerinnen und Kellner nicht ernst genommen werden soll. Auch ist das Problem nicht gelöst, dass der Rauch über die geöffnete Tür des Raucherraums die Nichtraucher gefährdet.

Ein einstimmiges Votum ist nicht zustande gekommen, obwohl das Abstimmungsergebnis der Gesundheitsminister mit 16 zu 0 angegeben wurde. Wer hier von einem großen Erfolg des Nichtraucherschutzes oder gar von einem Quantensprung des Gesundheitsschutzes spricht, täuscht die Öffentlichkeit, protestiert Johannes Spatz, Sprecher des Forum Rauchfrei.

Spatz fordert einen Schutz vor Passivrauch ohne Wenn und Aber. Um einen umfassenden Nichtraucherschutz zu gewährleisten, darf es weder Raucherzonen noch Raucherräume geben und muss das Rauchen in allen Arbeitsstätten verboten werden. Daher müssen alle Ausnahmen in der Arbeitsstättenverordnung ersatzlos gestrichen werden.

Weiterhin ist damit zu rechnen, dass in den übrigen Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Verwaltung und Jugendhilfe Raucherräume erlaubt sein werden. Auch wenn von Raucherräumen in diesen Einrichtungen nicht gesprochen wird, so ist damit zu rechnen, dass an dieser Stelle die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung für Bundeseinrichtungen

übernommen wird. Diese ermöglicht nämlich ausdrücklich Raucherräume in der Bundesverwaltung.

Es wundert nicht, dass gerade Ministerpräsident Christian Wulff für sein Land auf die Bremse drückt. Niedersachsen war bereits in der Vergangenheit ein Zentrum der Anstrengungen der Tabakindustrie, ihre Ziele durchzusetzen. Die Wirtschaftsministerin im Vorgängerkabinett von Wulff, Susanne Knorre, wurde nach dem Wahlverlust der Sozialdemokraten in Niedersachsen hauptamtliche Direktorin (für „Corporate Affairs“) bei Reynolds (Teil von „Japan Tobacco International“, der die Zigarettenmarke Camel produziert). Auch hatte der Verband der Zigarettenindustrie über das Landeskabinett in Hannover direkten Zugang zum Kanzleramt in Berlin. (siehe www.forum-rauchfrei.de und dort auf der ersten Seite unter „interne Meldung“ vom 31.01.07 und <http://tobaccodocuments.org/batco/325127593-7594.html>)

Weitere Informationen bei: Johannes Spatz Tel.: 0176 6241 9964